

Zum Verhältnis von Gewerkschaften und politischen Parteien

Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg, Jahrgang 1935, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Köln. Seit 1971 ist er Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen; seit 1974 ist er Rektor der Universität Bremen. Prof. Steinberg hat sich in seinen Veröffentlichungen besonders mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung beschäftigt.

Die Frage nach dem Verhältnis von Gewerkschaften zu politischen Parteien stellt sich nicht abstrakt, sondern bezogen auf konkrete historische Situationen im Bereich der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Es ist unbestritten, daß in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg die verschiedenen Gewerkschaften direkt bestimmten politischen Parteien zugeordnet werden können. Das gilt sowohl für die sogenannten Freien Gewerkschaften wie auch für die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und die seit 1894 sich konstituierenden christlichen Gewerkschaften. Ausgehend von der aktuellen Problematik, die in erster Linie bestimmt ist durch das Verhältnis von Einheitsgewerkschaft und Sozialdemokratie, wird im folgenden versucht, dieses Verhältnis in seinen verschiedenen Entwicklungsstadien zu bestimmen.

Gewerkschaften als „Vorschule für die politische Bewegung“

Während im klassischen Industrieland England die Arbeiterpartei aufgrund der Notwendigkeit, gewerkschaftliche Forderungen im parlamentarischen Raum

* Die Beiträge von H. Grebing, H. J. Steinberg, H. Mommsen und L. Niethammer in diesem Heft gehen auf Referate zurück, die die Autoren anlässlich eines Treffens mit dem DGB-Vorsitzenden H. O. Vetter am 17. Februar 1976 in Düsseldorf gehalten haben. Der thesenhafte Charakter dieser Ausführungen ist beibehalten worden, weil er uns für eine Diskussion besonders anregend erscheint. D. Red.

durchzusetzen, entstand, ist in Deutschland die Entwicklung dadurch charakterisiert, daß bestehende politische Arbeiterparteien Gewerkschaften ins Leben riefen, die von ihnen ideologisch und personell getragen wurden. Mit der Vereinigung der beiden frühen Arbeiterparteien, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, verschmolzen auch die beiden sozialistischen Gewerkschaftsrichtungen. Nachdem unter dem Sozialistengesetz sowohl die Partei als auch die Gewerkschaften in gleicher Weise der Verfolgung ausgesetzt waren, wurde zu Beginn der neunziger Jahre die erste große Auseinandersetzung um die Funktion der Gewerkschaften und das Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Freien Gewerkschaften ausgetragen. Vor dem Hintergrund einer imposanten Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie nach dem Ende des Sozialistengesetzes und einer Stagnation der gewerkschaftlichen Organisationen, die durch die Krise der neunziger Jahre voll getroffen wurden, versuchte, der Vorsitzende der inzwischen gebildeten Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, *Carl Legien*, auf dem Berliner Parteitag der Sozialdemokratie vergeblich eine Resolution durchzusetzen, die den Parteigenossen die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zur Pflicht machen sollte. Die Partei, in der die maßgeblichen Führer nach den Wahlerfolgen von 1890 und 1893 davon überzeugt waren, daß der Zeitpunkt des Endsieges des Sozialismus unmittelbar bevorstehe, stand der Gewerkschaftsarbeit im wesentlichen gleichgültig gegenüber. Legien wandte sich gegen diese Haltung und schrieb 1892: „Wenn wir fortfahren wollen, auch für die Gewerkschaften nur in die Zukunft zu blicken und- uns nicht mit dem augenblicklich Möglichen begnügen und auf dem Erreichten weiterbauen wollen, dann dürfte die Zeit über die Organisation hinwegrauschen, ohne daß sie jemals dazu käme, auch nur annähernd ihren Zweck zu erfüllen.“ Die Spannungen entluden sich auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie von 1893, wo das Verlangen der Generalkommission, gleichberechtigt neben der Parteileitung zu stehen, als „Größenwahnsinn“ abgetan wurde. Da das Kapital nicht auf seinem eigenen Boden vernichtet werden könne, wie *Wilhelm Liebknecht* vortrug, könne durch Gewerkschaftsarbeit die Macht des Kapitals auch nicht gebrochen werden, eine These, die auch von den Gewerkschaftsführern nicht bestritten wurde. Die von den Gewerkschaftsführern befürwortete Resolution, die jedes Parteimitglied zum Eintritt in die Gewerkschaft verpflichten sollte und tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaftsbewegungen durch die Partei verlangte, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Der Parteitag begnügte sich mit einer Sympathieerklärung für die Gewerkschaften. Bezeichnend für das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei in jener Zeit ist die Einschätzung, die selbst Carl Legien den Gewerkschaften zukommen ließ, indem er sie als „Vorschule für die politische Bewegung“, als „Erziehungsanstalt“ für die Partei, als das „beste Agitationsmittel für die politische Bewegung“ charakterisierte. Die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei, die noch einmal sichtbar wurde in dem Schlußwort Legiens auf dem

Kölner Parteitag: „In Deutschland ist es absolut unmöglich, die gewerkschaftliche Organisation zu solcher Bedeutung zu bringen, daß sie die politische zu überflügeln vermöchte, die ganze Bewegung geht ja von rein politischen Gesichtspunkten aus“, sollte nicht von Dauer sein. Die künftigen Konflikte zwischen Partei und Gewerkschaften hatten ihre Ursachen in der als unmöglich hingestellten Entwicklung der Gewerkschaften.

Die Durchsetzung des gewerkschaftlichen Reformismus

Mit dem Ende der großen Depression und dem damit verbundenen lang anhaltenden industriellen Aufschwung begann die atemberaubende Entwicklung der Freien Gewerkschaften, die schließlich im ersten Halbjahr 1914 über 2,5 Millionen Mitglieder zählten. Das bald erstarrte Selbstvertrauen der Gewerkschaften zeigte sich schon um die Jahrhundertwende, als die mögliche parteipolitische Neutralität der Freien Gewerkschaften diskutiert wurde. Anlaß dazu waren Spekulationen über einen möglichen Zusammenschluß mit den christlichen Gewerkschaften. Die neue Einschätzung der Gewerkschaften durch die Parteiführung machte auch die 1900 erschienene Broschüre *August Bebeis* „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ deutlich, in der sich Bebel von der früher gängigen Auffassung, Gewerkschaften seien eine Rekrutenschule der Partei, distanzierte. Demgegenüber ließ sich *Rosa Luxemburg* durch den raschen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung nicht über die wachsenden Schwierigkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes im Zeitalter des Imperialismus hinwegtäuschen und prägte 1899 in der Polemik mit *Eduard Bernstein* hinsichtlich des gewerkschaftlichen Kampfes in der kapitalistischen Gesellschaft den Begriff der „Sisyphusarbeit“, die allerdings unentbehrlich sei, wenn der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen soll.

Die sich nach der Jahrhundertwende steigernden Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Partei spiegelten in Wirklichkeit den Gegensatz zwischen Reformisten auf der einen und orthodoxen Marxisten und radikalen Linken auf der anderen Seite in der sozialistischen Arbeiterbewegung wider. Schon 1899 hatte Legien erklärt: „Gerade wir, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wünschen nicht, daß es zum sogenannten Kladderadatsch kommt und daß wir genötigt sind, auf den Trümmern der Gesellschaft Einrichtungen zu schaffen, gleichwohl ob sie besser oder schlechter sind als die jetzigen. Wir wünschen den Zustand der ruhigen Entwicklung.“ Man könnte anhand vieler ähnlicher Zitate nachweisen, daß die Gewerkschaftsführung seit Ende der neunziger Jahre den gewerkschaftlichen Kampf nicht länger als Teil des Kampfes zum Zweck des Umsturzes der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ansah.

Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den reformistischen Gewerkschaften und der Partei, in der Reformismus und Praktizismus ebenfalls, wenn auch unter anderen und schwierigeren Bedingungen, auf dem Vormarsch waren,

vollzog sich während der Massenstreikdebatte der Jahre 1905/1906. Das gewandelte Kräfteverhältnis zwischen Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie zeigte sich bei Abschluß des sogenannten Mannheimer Abkommens im Jahre 1906. In diesem Jahr wurde ausdrücklich die Gleichberechtigung von Gewerkschaften und Partei erklärt, was de facto einer Unterordnung der Partei unter die Gewerkschaftsführung gleichkam. Mochten auch Rosa Luxemburg, *Karl Kautsky* und andere den Primat der politischen Partei behaupten — der Reformismus, der die Gewerkschaftspolitik bestimmte, bestimmte am Vorabend des Ersten Weltkrieges auch die Politik der Mehrheit der Parteiführer, welche praktische Arbeiterpolitik machten, d. h. auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gewerkschaftsordnung für die Verbesserung der Lage der Arbeiter kämpften.

Gewerkschaftliche Neutralität in der Weimarer Republik

Die Situation änderte sich grundlegend nach dem Ersten Weltkrieg und der damit gegebenen Spaltung im Bereich der politischen Arbeiterbewegung. Durch dieses Faktum sahen sich die Freien Gewerkschaften auf die parteipolitische Neutralität verwiesen. Partei und Gewerkschaften waren nicht länger eins, und so hieß es in einem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1919:

„Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stoßkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen. Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken. Sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des deutschen Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.“

Der ADGB proklamierte also angesichts der Spaltung der politischen Arbeiterbewegung die Gewerkschaften als selbständige Vertreter des Sozialismus. De facto war es natürlich nach dem Ende der USPD mit der parteipolitischen Neutralität in der Zeit der Weimarer Republik nicht weit her. Signifikantes Beispiel dafür ist der Wahlaufruf des ADGB von 1930: „Für die gewerkschaftlich orientierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich ganz von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.“ In der Endphase der Weimarer Republik hat es dann Versuche gegeben, die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zumindest aufzulockern; so erwog *Theodor Leipart* nach dem 20. Juli 1932 eine Zusammenarbeit mit *Schleicher* und *Papen* zur Stützung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und zur Sicherung der Stellung der Gewerkschaften. Auch in der kurzen Amtszeit des Kabinetts Schleicher gab es im Rahmen des Plans, die Re-

gierung auf einer Gewerkschaftsachse unter Einschluß des linken Flügels der NSDAP zu konsolidieren, die latente Bereitschaft der Gewerkschaftsführung, die traditionell enge Zusammenarbeit mit der SPD zu beenden. Die Tatsache schließlich, daß Leipart nach der nationalsozialistischen Machtergreifung *Hitler* den ADGB als „neutrale“ Organisation verkaufen wollte, kann unter dem Stichwort „Opportunismus“ abgelegt werden.

Die parteipolitische Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft

Aus den historischen Erfahrungen gerade auch während der Epoche faschistischer Herrschaft entstand nach dem Zweiten Weltkrieg die Einheitsgewerkschaft im Gegensatz zu den bisherigen Richtungsgewerkschaften. Und so heißt es denn auch im zur Zeit gültigen Grundsatzprogramm des DGB: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind und bleiben unabhängig von Regierung, Parteien, Konfessionen und Unternehmern.“ Damit ist die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften, also auch die Unabhängigkeit von der Sozialdemokratie, behauptet, allerdings nicht eine Neutralität, die etwa die Gewerkschaften davon abhalten könnte, im Einzelfall zu prüfen, welche politische Partei stärker die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer vertritt. De facto rekonstituierte sich allerdings bald nach dem Ende faschistischer Herrschaft und nach der Gründung der Einheitsgewerkschaft die enge Beziehung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft, vor allem auch deswegen, weil die Rekrutierungsbasis im wesentlichen identisch war. Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und einem vor allem in Nordrhein-Westfalen ausgebildeten linken Flügel der CDU blieb perspektivlos und scheiterte spätestens bei der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung im Montanbereich und um das Betriebsverfassungsgesetz.

Die weitere Entwicklung des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften war im wesentlichen bestimmt durch die klassische Arbeitsteilung von Politik und Ökonomie. Diese Arbeitsteilung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften wurde spätestens seit 1959 problematisch, als die Sozialdemokratie den Schritt zur Volkspartei tat und als Volkspartei nicht mehr vorrangig oder gar ausschließlich die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer vertrat. Damit verlor sie praktisch ihre traditionelle Funktion als parlamentarischer Arm der Gewerkschaften. Das wurde relevant vor allem in der Frage der Notstandsgesetzgebung, wo die SPD gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Gewerkschaften agierte. Eine neue Qualität des Verhältnisses von Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist schließlich mit der Tatsache gegeben, daß die Sozialdemokratie seit Mitte der sechziger Jahre als Regierungspartei fungiert.

Für die Gewerkschaft der Zukunft stellt sich deshalb besonders drängend die Frage, wie sie es mit einer sozialdemokratischen Regierungspartei hält, die sich als Volkspartei begreift. Wissenschaftler haben inzwischen mit Hilfe der elektro-

nischen Datenverarbeitung präzise das nachweisen können, was jedermann vermutet hat, daß nämlich Gewerkschaften bei gleicher materieller Ausgangslage ihrer Mitglieder in den Lohnforderungen und in der Bereitschaft zu Arbeitskämpfen unter einer sozialdemokratischen Regierung zurückhaltender sind als unter einer bürgerlichen Regierung. Jedermann hat heute vor Augen, daß die Gewerkschaften aufgrund taktischer Zurückhaltung gegen eine sozialdemokratisch geführte Regierung weniger bestimmt auftreten können als gegenüber einer anderen. Der damit gegebene Loyalitätskonflikt manifestiert sich vor allem in der konzertierten Aktion, in der die Lohnpolitik der Gewerkschaften de facto der einzige beeinflussbare Parameter ist, was letzten Endes dazu führt, daß die Gewerkschaften Mitträger des permanenten Krisenmanagements werden. Angesichts der Sparbeschlüsse, der tatsächlichen Niederlage der Gewerkschaften, was die Gesetzgebung zur Mitbestimmung angeht, und der erzwungenen Aufgabe gewerkschaftlicher Positionen im Hochschulbereich, was das Hochschulrahmengesetz überdeutlich macht, bedarf es einer Besinnung darauf, daß die Gewerkschaften nicht nur eine wirtschaftliche Abwehrorganisation sind, sondern ein unmittelbar politischer Verband, dessen Mitglieder als Staatsbürger einen erheblichen Teil der wählenden Bevölkerung darstellen. Es ist offenbar, daß die Gewerkschaften, wenn nicht freiwillig, so auf Dauer durch die Basis gezwungen, eine politische Alternative formulieren müssen. So sagte schon auf dem Gewerkschaftstag 1971 ein Delegierter: „Wir können dieser Regierung am besten helfen, wenn wir Arbeitnehmerinteressen so scharf und deutlich, ohne parteipolitische Rücksichtnahme, vertreten wie nur möglich. Nur indem wir gesellschaftlichen und politischen Druck ausüben, können wir dem vorhandenen Druck des Kapitals auf diese Regierung entgegenwirken.“

Eine solche Alternative erfordert nicht nur ein Überdenken der bisherigen Stellung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien, sondern offenkundig auch eine neue Gewerkschaftstheorie, die die traditionellen gewerkschaftlichen Zielsetzungen mit solchen gesamtgesellschaftlicher Art zu verbinden vermag, um eine Gesamtstrategie gewerkschaftlicher Politik zu vermitteln. Der DGB-Vorsitzende *Vetter* hat in einem Grußwort zum 14. Bundestag der Sozialausschüsse gesagt: „Unabhängigkeit der Gewerkschaften und Öffnung für alle demokratischen Kräfte sind um so notwendiger geworden, seitdem Arbeiterparteien alten Stils nicht mehr existieren und sich die Parteien zu Volksparteien gewandelt haben.“ Es darf wohl vermutet werden, daß er dabei Unabhängigkeit nicht als formales Prinzip gemeint hat, sondern damit auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, Aufgaben und Ziele zu formulieren, die von den Parteien heute nicht mehr formuliert werden. Das erfordert natürlich die Politisierung der Mitgliederschaft über den Bereich der Funktionäre hinaus und ein gewerkschaftliches Handeln, das sich als unmittelbar politisch begreift.“

* S. die Anm. zu Grebing, S. 267.